

Berliner Tageblatt



Nr. 248

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Das Angebot der Industrie.

Die Ueberführung der Reichs- und Staatsbetriebe. — Der unhaltbare Berechnungsschlüssel. — Was die Sachwertbesitzer an der Geldentwertung verdient haben.

von
Erich Dombrowski.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat heute den Wortlaut seines Schreibens an den Reichszentraler veröffentlicht. Das ist erfreulich. Die Nebelschwärze ist zerfallen. Alle Geheimnistuerei ist in so entscheidenden Stunden, da es um das Schicksal des ganzen deutschen Volkes geht, ist von Unheil. Vassalle: „Alle große politische Aktion besteht in dem Ausschließen des einen und dem Einbehalten des anderen.“ Insofern ist es zu begrüßen, daß die industrielle Offerte der allgemeinen Kritik zur Verfügung gestellt worden ist. Die Regierung kann dann, auf der öffentlichen Meinung fußend, mit weit größerer Selbstsicherheit an die Formulierung der Note herangehen, die den Alliierten das neue Angebot machen wird. Ist nun das Memorandum der deutschen Industrie ohne weiteres zu akzeptieren? Nein. Erhebliche politische, finanzielle und wirtschaftliche Einwände sind dagegen zu erheben. Der Kern des Schreibens, die Bereitwilligkeit, eine Garantie für die Reparationszinsen übernehmen zu wollen, ist dagegen zu begrüßen.

Zum ersten das politische Moment. Der Ton mißfällt. Früher sprachen sie die Kurzfürsten, die Herzöge mit dem Kaiser, nachdem sie sich territorial abgeteilt hatten. Dem Herrscher des römischen Reiches deutscher Nation wurde von seinen längst selbständig gewordenen Vasallen bei jeder Gelegenheit, nicht zuletzt bei Abgaben und Steuern, deutlich zu Gemüte geführt, daß er eigentlich nur ein politisches Luftgebilde über den realen Tatsachen der einzelnen Länder und Völkchen sei. Die deutsche Finanz- und Steuergeschichte ist, wenn man sie bis in die fernsten Zeiten des Mittelalters verfolgt, denn auch eine der trüblichen Kapitel. Immer wieder wurde die notwendige Finanz- und Steuerreform hinausgeschoben und von den Fürsten bereit, nachdem die Kaiserlich durch die Verflechtung der Reichsgüter ihrer wirtschaftlichen Nachmittel begeben hatten. Als Rudolf von Habsburg die revindicatio bonorum imperii, die Wiedererziehung der abhanden gekommenen Reichsgüter, verlor, schickte er schließlich an dem ausweichenden und hinhaltenden Benehmen des Kurfürstenkollegs. Von diesem Augenblicke an datiert die deutsche Finanzgeschichte, die sich dann durch alle die Jahrhunderte fortgeschleppt hat. Die Kaiser schufen sich nun, als Gegengewicht, gegen die wachsende wirtschaftliche und politische Position der aufkommenden Fürsten, eine Hausmacht. Soll sich dieses Spiel zwischen Reichsinteressen und Industrie heute wiederholen? Wollen die Industrieherzöge heute, darüber hinaus, auch noch an die wirtschaftliche Hausmacht des Reiches, an das Staatsvermögen und an die Staatswerke mit raschen Fingern greifen, um auch sie sich wirtschaftlich untertanig zu machen? Wir stehen an einem Wendepunkt. Darüber müssen wir uns klar sein. Es handelt sich um eine Prinzipienfrage. Die Regierung hat die industrielle Offerte, um die sie übrigens gebeten hat, entgegenzunehmen. Aber ohne jede Voraussetzung, ohne jede Vorbedingung, ohne jede Bindungen. Die Regierung hat allein das Gesamtinteresse wahrzunehmen, darf keine Nebenregierung, sei es der Unternehmer, sei es der Arbeiter, aufkommen lassen. So darf es sich dann auch hier um keine interne Abmachung zwischen Regierung und Industrie handeln. In Betracht kann einzig und allein eine gezielte Regelung der ganzen Frage kommen. Ein Votum des Parlamentes, dem sich die Industrie wie jeder andere Erwerbsstand zu fügen hat. Abzulehnen ist, in diesem Zusammenhang, auch eine direkte Verhaftung des Privatvermögens an die Gläubigerstaaten. Das präjudiziert das Schreiben der Industrie auch durchaus zutreffend: „Der Zugriff des Staates auf seine Bürger und insbesondere auf seine Wirtschaft ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit.“ Mögen alle diese Beziehungen formalistisch klingen. In Wirklichkeit sind gerade diese scheinbaren Unzulänglichkeiten entscheidend für die Souveränität und die Autorität der Regierung, dieses „Ausgleichs“, der verfassungsmäßig von dem Vertrauen der Mehrheit des Parlamentes getragen wird.

Zum anderen das finanzielle Moment. Die Industrie überläßt dem Reiche und den Einzelstaaten in der Garantieleistung, das heißt in der Aufbringung der Reparationszinsen und Tilgungszinsen, höchst den Vortritt. Aber hier entsteht gleich ein großes Mißverhältnis. Für sich selbst bemißt die Industrie ihre Leistungsfähigkeit ziemlich gering. Dagegen steht sie die Leistungsfähigkeit der staatlichen Betriebe und Unternehmungen überaus hoch an. Nach ihrer Meinung könnten die Reichs- und Staatsbetriebe, wenn sie nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen regeneriert würden, sechshundert bis tausend Millionen Goldmark jährlich für Reparationszwecke flüssig machen. Was sind Reichs- und Staatsbetriebe? Die Eisenbahnen, die Post, die Reichswerke, jene Eisenverhältnisse, die auf Friedensarbeit umgestellt sind, die fiskalischen Gruben, die Domänen und Forsten, Eisenbahn und Post arbeiten seit Jahren, seit dem Raubbau der Kriegszeit, mit einem hoffnungslosen Defizit. Das wäre vielleicht in einiger Zeit zu beteiligen, wenn man die Lärme ins Ungemessene steigen ließe und den Verwaltungsapparat wesentlich vereinfachte. Aber selbst dann, wenn man in der Rentabilität zu ehemaligen Friedensverhältnissen zurückkehrte, kämen bei der Eisenbahn höchstens zweihundert Millionen und bei der Post fünfzig Millionen Goldmark als jährlicher Ueberschuß.

Der neue belgische Reparationsplan.

Jahreszahlungen von rund 2,5 Milliarden Goldmark.

Ausländische Kontrolle deutscher Staatsbetriebe. — Beteiligung der Alliierten an der deutschen Industrie. — Nach dem Beispiel Oesterreichs.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

2. Paris, 29. Mai.
Der belgische Plan wird vom „Matin“ in seinen Grundzügen auseinandergesetzt. Die Belgier glauben, daß von Deutschland jährliche Ritzmalzahlungen von 2 400 000 000 Goldmark durch folgende Mittel zu erreichen seien: 1. In Deutschland sollen Organisationen geschaffen werden, welche für den Verkauf und den Export gewisser Produkte zu sorgen und die Regie der Eisenbahnen und anderer Staatsbetriebe in die Hand zu nehmen haben. Diese Organisationen sollen von internationalen Syndikaten überbracht werden, in welchen die Alliierten stark vertreten sind. Es wird ausgedrückt, daß Monopole und Eisenbahnen, deren Verwaltung auf diese Weise für 60 Jahre organisiert würde, der Reparationsrate jährlich 1 900 000 000 Goldmark einbringen können. Dazu kämen für 500 Millionen Kohlenlieferungen, was also im ganzen 2 400 000 000 ausmachen könne. Das bedeutet die sechsprozentige Verzinsung einer Summe von 40 Milliarden Goldmark. 2. Eine weitere Ergänzung der Zahlungen soll durch eine Beteiligung an den deutschen Industrieunternehmen bis zur Höhe von 25 Prozent erreicht werden. Der Ertrag dieser Beteiligung könne erst später berechnet werden. Wenn diese Berechnung möglich ist, könnten internationale Anleihen in Betracht gezogen werden. 3. Die Bedingungen für diese ganzen Organisationen ist die Stabilisierung der Mark und die Regelung des deutschen Budgets. Beides hält Herr Theunis, der als Wortführer dieses Planes gilt, für möglich. Er führt als Argument für seine Auffassung an, daß es der Reichsregierung gelungen sei, den Markkurs zwei Monate lang zu stabilisieren, und daß in der Zeit vom April bis Juli 1922 das deutsche Budget von dem Minister Hermes ins Gleichgewicht gebracht worden war und sogar einen Ueberschuß ergeben hatte. Natürlich müßten die Organisationen genügend gesichert werden, und es müßte auch ein Gehalt geschaffen werden, das nach dem Beispiel Oesterreichs, den Reichstag verhinderte. Diese Entscheidungen zu widerrufen. Das Ruhrgebiet dürfte in diesem Falle dem Reiche als Einnahmequelle nicht entzogen werden. Die Besetzung würde dann nur den Charakter einer Kontrolle für die Lieferungen erhalten, und darüber hinaus eine Drohung für den Fall einer deutschen Zahlungsverweigerung bleiben. Die Besetzung würde unterdrückt, die Einnahmungen wieder an das Reich. Denn Belgien ist der Meinung, daß die Zahlungen aus dem Ruhrgebiet allein nicht ausreichen werden, um die Verpflichtungen Deutschlands zu erfüllen, und daß die Fortsetzung des Druckes auf die Ruhr einen mörderischen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung ganz Deutschlands ausüben müßte.

Der belgische Vorschlag ist gestern nachmittag am Quai d'Orléans erschienen, um auf neue auf die Festsetzung des Datums für die französisch-belgische Aussprache zu drängen. Die belgischen Minister halten diese Aussprache für so dringend, daß sie nicht bis zum Juni warten wollen, wie es der Ministerpräsident Poincaré wünscht. Sie sind bereit, zwei Tage nach Paris zu kommen, falls Poincaré die Reise nach Brüssel durchaus nicht unternehmen will. In diesem Falle müßten allerdings die Parlamentarierverhandlungen über die Militärvorlage für Belgien wären zu diesem Difer bereit, um die Begegnung zu ermöglichen. Ueber die Stimmung in Brüssel lauten die Mitteilungen etwas verunsichert. Die Regierungspresse betont die treue Bundesgenossenschaft Belgiens und die Bereitwilligkeit der Minister Theunis und Japart, sich der französischen These anzuschließen. Die Zeitungen der Opposition und amerikanische Blätter erklären dagegen, man wäre in Brüssel etwas erkant über die Eile, mit der Poincaré den Ausschub der Aussprache bis Mitte Juni hätte anfordern lassen, ohne erst zu fragen, ob auch die Belgier damit einverstanden seien. Ein Korrespondent berichtet Neußerungen einer belgischen Persönlichkeit, die eine Räumung des

Ruhrgebietes für möglich erklärte, falls Deutschland die von Belgien verlangten Garantien annimmt. Es muß dringend davor gewarnt werden, solchen Angaben große Bedeutung beizumessen. Die französische Regierung arbeitet zielbewußt darauf hin, die bekannten Thesen Poincarés durchzuführen und wird in der Ruhrfrage keine Konzessionen machen, wenn sie nicht einem gemeinsamen Beschluß aller übrigen Verbündeten mit Einschluß Belgiens gegenübersteht. An eine solche Entwicklung ist vorläufig noch nicht zu denken. Immerhin geht aus allen Berichten und aus glaubwürdigen Erklärungen belgischer Politiker hervor, daß die Herren Theunis und Japart in voller Uebereinstimmung mit dem Parlament und der Großfinanz Belgiens dazu entschlossen sind, in kürzester Zeit eine Klarstellung über die französisch-belgischen Reparationspläne durchzuführen. Was dabei herauskommt, muß abgewartet werden.

Die Politik Baldwin in den europäischen Fragen.

Intensivere Beteiligung. — Der Einfluß Mac Kennas und Lord Robert Cecil.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 29. Mai.
Baldwins Erfolge in der getrigen Konföderativen Parteiverammlung sowie sein erstes Auftreten als Premierminister im Unterhaus wird von den Morgenblättern fast allgemein als ein guter Anfang bezeichnet. Die „Times“ schreiben, daß das Ergebnis des getrigen Tages mehr zur Klärung der Atmosphäre beigetragen hätte, als irgend etwas, was sonst in den letzten Monaten geschehen sei. Ein führendes Mitglied der Regierung habe die Ansicht ausgesprochen, daß die völlige Einigung der konservativen Partei innerhalb zweier Monate zu erwarten sei. Nach dem Eintritt Sir Worthington Evans in das Kabinett und nach Chamberlains Rede im Unterhaus wird man diesen Eindruck bestätigen können. Im übrigen haben die Blätter die Stellen aus der Rede Baldwin im Hotel Cecil hervor, in denen er betonte, daß das britische Weltreich so entwickelt werden könne, daß es unabhängiger dastehen als irgend ein Land der Welt, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten. Der Stellungnahme der neuen Regierung zu den Fragen der auswärtigen Politik nimmt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ eine eingehende Betrachtung. Baldwin Rede habe gezeigt, daß er die Politik seiner Vorgänger aufrechterhalten wolle. Als Industrie- und Handelsland sei England mehr als ein anderes Land, vielleicht Belgien ausgenommen, an dem Frieden Europas interessiert. Baldwin Rede habe die Notwendigkeit einer baldigen, wenn auch nicht sofortigen Regelung betont. Regierenderweise habe er diese Frage mit der Verungung Mac Kennas verbunden. Dies sei, so schreibt der „Daily Telegraph“, von großem Interesse, da Mac Kennas bei der Abfassung des Bonar Law'schen Reparations- und Schuldenplanes vom letzten Januar in gewissen technischen Fragen um Rat gefragt worden sei. Ebenso könne die Berufung Lord Robert Cecil's nur den Gedanken nahe legen, daß man bei der Regelung der europäischen Fragen intensiver als bisher beteiligt sein wolle. Indem Baldwin die Dringlichkeit dieser Regelung betonte, habe er angedeutet, daß die Zeit vielleicht gekommen sei, in der sich England aktiver beteiligen werde, als dies während der letzten sechs Monate mühsamstwert gewesen sei. Ungefragt sei noch, auf welche Weise die britische Initiative sich äußern werde, ob in Form verbesserter englischer Pläne, oder ob in Bemerkungen zu dem Ende englischer oder Anfang nächster Woche zu erwartenden deutschen Angebot, oder endlich durch „konstruktive Kritik“ des französisch-belgischen Planes. Man nimmt an, daß der Vertrag zur gegenseitigen Sicherung, den Lord Robert Cecil seinerzeit dem Entwaffnungskomitee des Völkerbundes unterbreitet habe, als Grundlage zu einem neuen Plan zur Sicherung Westeuropas verwandt werden würde. Der Pariser Vertreter der „Times“ befähigt, man sei in französischen Kreisen der Ansicht, daß sehr viel von der Haltung der neuen englischen Regierung in bezug auf die Reparations- und Schuldenfrage abhängen und von den Schritten, die Baldwin in dieser Richtung tun werde. Bei der Abstimmung über die zweite Lesung der Indemnitäts-Bill erhielt die Regierung eine Majorität von 154 Stimmen. Die Lloyd-George-Liberalen haben im letzten Augenblick mit der Regierung gestimmt, was wohl auf die glänzende Rede Lord Robert Cecil's zurückzuführen ist.

in Frage. Voraussetzung dafür aber wäre, daß das furchtbar heruntergewirtschaftete Material inzwischen wieder erneuert und ergänzt ist. Darüber können Jahre vergehen. Wie sonst real denkenden Industriellen rechnen hier also mit mehr als windigen Ziffern. Und die staatlichen Gruben in Oberschlesien und im Ruhrgebiet? Ihre Zahl ist sehr bescheiden. Ihre Rentabilität desgleichen. Mehr noch wird aus den Staatsforsten und Domänen herauszuwirtschaften sein. Aber es bei alledem bis zu einem Betrag von tausend Millionen Goldmark im Jahr zu bringen, erscheint uns, für absehbare Zeit wenigstens, ein Ding der Unmöglichkeit zu sein. Daraus ergibt sich ganz von selbst eine Revision jener Summen, die die Industrie von sich aus aufzubringen bereit ist. Man wird bei Berechnung der gesamten jährlichen Reparationsziffer von etwa anderthalb Milliarden Goldmark ausgehen haben. Sind die staatlichen Betriebe nun nicht entfernt in der Lage, Ueberschüsse von tausend Millionen Goldmark dafür zur Verfügung zu stellen, so erhöht sich ganz von selbst die Quote, die die privaten Sachwertbesitzer zu tragen haben.

werden. Die Industrie will 200 Millionen Goldmark im Jahr aufbringen. Vor dem Kriege betragen allein die Industriebobligationen insgesamt 4,5 Milliarden Goldmark. Die durchschnittliche Verzinsung mit fünf Prozent stellte sich auf 225 Goldmillionen. Diese sämtlichen Obligationen sind heute, der katastrophalen Geldentwertung entsprechend, in ihrem inneren Wert auf etwa ein Zehntausendstel gesunken. Mit anderen Worten: Die Industrie ist dieser Schuldverpflichtungen so gut wie ganz ledig geworden, ohne irgendeine wirklich ins Gewicht fallende Gegenleistung an die Gläubiger getan zu haben. Dasselbe läßt sich von den Hypothekenzinsen sagen, die sie auf ihre Grundstücke früher in Goldmark aufgenommen und jetzt mit völlig entwerteter Papiermasse zurückgezahlt haben. Die jährlichen 200 Millionen Goldmark, die sie jetzt dem Reiche freiwillig anbieten, stehen also kaum in einem richtigen Verhältnis zu den indirekten Gewinnen, die sie durch die Geldentwertung zugefallen sind im Gegensatz zu den Rentnern und den Parenden Verbraucherkreisen, die ihr ganzes Kapital durch dieselbe Geldentwertung völlig verloren haben. Sollten die Industriel-